

Medieninformation

Sperrfrist: 25. März 2025, 12 Uhr

Stabsstelle
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon 0711 / 224 62-28
Telefax: 0711 / 224 62-23
E-Mail: presse@landkreistag-bw.de

Alle Pressemitteilungen und mehr unter:
www.landkreistag-bw.de

Stuttgart, den 25.03.2025

Zumeldung zur Pressemitteilung der BWKG "Krankenhäuser erwarten trotz effizienter Versorgungsstruktur neues Rekorddefizit von 1 Mrd. Euro" vom 25.03.2025

Landkreise können Krankenhausdefizite nicht länger ausgleichen

Landkreistagspräsident Walter: „Bund muss etwas gegen die völlig unzureichende Finanzierung der Klinik-Betriebskosten unternehmen“

Zu den heute von der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG) veröffentlichten Ergebnissen einer Blitzumfrage zu den Wirtschaftsplänen der Kliniken äußert sich der Präsident des Landkreistags, Landrat Joachim Walter (Tübingen), wie folgt:

„Die dramatische Finanzlage der Kliniken spitzt sich immer weiter zu. Die heute von der Landeskrankenhausgesellschaft veröffentlichten Zahlen machen dies unmissverständlich deutlich. So müssen die Landkreise in diesem Jahr voraussichtlich annähernd 770 Millionen Euro an Zuschüssen für ihre Krankenhäuser aufbringen. Allein seit 2023 summieren sich die Unterstützungsleistungen der Kreise für ihre Kliniken auf über zwei Milliarden Euro. Die baden-württembergischen Landkreise sind schlicht nicht mehr in der Lage, Krankenhausdefizite in dieser Höhe weiter auszugleichen. Dabei sind gar nicht sie, sondern Bund und Land für eine auskömmliche Klinikfinanzierung verantwortlich. Nachdem das Land mit eigenem, aber auch ziemlich viel kommunalem Geld bei der Investitionsförderung etwas getan hat, ist jetzt in erster Linie der Bund gefordert. Er muss etwas gegen die völlig unzureichende Finanzierung der Klinik-Betriebskosten unternehmen. Von den künftigen Koalitionären im Bund erwarte ich insbesondere, dass sie kurzfristig einen wirksamen strukturellen Inflationsausgleich auf den Weg bringen und dazu den Landesbasisfallwert um mindestens vier Prozent erhöhen. Auch muss die überbordende Bürokratie, die unendlich Zeit frisst und das Fachkräfteproblem nur noch weiter verschärft, konsequent abgebaut werden.“